

## **Pressemitteilung der Initiative Togo Action Plus e.V.**

**Aufruf zur Demonstration und Kundgebung für dezentrale Wohnungen für alle Geflüchteten des Lagers Krumpa, Merseburg / Sachsen-Anhalt  
am 26.08.2013 um 14Uhr**

**Situationsaufnahme: prekäre Verhältnisse bei der medizinischen Grundversorgung, Wohnen in der Isolation und Diskriminierung durch Behörden prägen den Alltag der Bewohner\_innen des Lagers Krumpa, Sachsen-Anhalt**

Stellvertretend steht die obenstehende Beschreibung der Lebensbedingungen für die Situation vieler Geflüchteter, die durch das ausgebaute Lagersystem der Bundesrepublik Deutschland gezielt in die Isolation gedrängt werden und von jeglicher gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen bleiben. Das „Übergangswohnheim für Migranten“ in Krumpa, das durch den Träger „Betreuungs- und Integrationsverein Saalekreis“ verwaltet wird, stellt in diesem System einen Baustein von vielen dar. Der Zustand der Sammelunterkunft gilt offiziell als gut und die Unterkunft als Vorzeigeejekt, weshalb die Integrationsbeauftragte Sachsen-Anhalts Susi Möbbeck jegliche Kritik an baulichen und verwalterischen Mängeln vehement zurückweist. Direkt an sie herangetragene Beschwerden von Seiten der Bewohner\_innen werden ignoriert und als Falschdarstellungen eingeschätzt.

Hierbei bleibt außen vor, welche Konsequenzen miserable Lebensbedingungen durch die isolierte Unterbringung unter anderem auf den Gesundheitszustand der Geflüchteten haben können. Viele der rund 200 in Krumpa untergebrachten Geflüchteten leiden bereits auf Grund von politischer Verfolgung im Herkunftsland oder harten Fluchtbedingungen unter posttraumatischen Belastungsstörungen oder psychischen Erkrankungen wie Angstzuständen oder Depressionen. Innerhalb der auf engstem Raum untergebrachten Bewohnerschaft entstehen hierdurch Spannungen. Fehlende Möglichkeiten zum Erlernen der Sprache, eines Berufs und die Einschränkungen auf die Bewegungsfreiheit der Personen durch die Residenzpflicht bewirken einen allgemeinen Zustand der Lethargie, zudem belastet das Gefühl der Perspektivlosigkeit und unbestimmten Wartens die Menschen immens.

Im Durchschnitt sind in Krumpa zwei bis drei Personen in einem etwa 12 Quadratmeter großen Zimmer untergebracht. Bei einer Kostenberechnung von monatlich 160 Euro pro Asylbewerber\_in stellt die Unterbringung bei Pauschalbeträgen zwischen 320 und 480 Euro pro Zimmer für den Heimbetreiber ein rentables Geschäft dar. Vor allem, wenn in Betracht gezogen wird, dass es sich bei dem Gebäude um einen unsanierten Altbau aus DDR Zeiten handelt, in dem Kakerlaken spazieren gehen, defekte Etagentoiletten auf den Wohnfluren wochenlang unrepariert und verschlossen bleiben und auch sonstige Vermietungsstandards nicht eingehalten werden. Im Falle einer Familie bewohnen sogar insgesamt sechs Personen eine Einraumwohnung von etwa 25 Quadratmetern. Zusätzlich fällt für die Nutzung des bereitgestellten Inventars eine pauschale Nutzungsgebühr von 30 Euro monatlich an, wobei der sperrmüllartige Zustand des Inventars nochmal mehr das Wirtschaften des Heimbetreibers im Sinne eines Profitunternehmens deutlich macht. Hinzukommend leiden im genannten Fall zwei der Familienmitglieder unter psychischen Erkrankungen. Diese werden zwar durch ein ärztliches Attest bestätigt und eine medizinische Behandlung vom Sozialamt genehmigt, jedoch wird auf Grundlage des Asylbewerberleistungsgesetzes die Kostenübernahme verweigert. Mit der Begründung nur für akute Erkrankungen die Kosten von medizinischen Behandlungen zu tragen, sitzen somit unzählige Menschen wegen fehlender finanzieller Mittel ohne medizinische Versorgung und wegen ungeklärtem Aufenthaltsstatus zumeist in einer Situation größtmöglicher Unsicherheit fest.

Aus dieser Lage gibt es kein Entfliehen. Neben den strikten Auflagen durch die Residenzpflicht, stellen abgelegene Orte ohne gute Verkehrsanbindung bei eingeschränkter Verfügung über finanzielle Mittel ein offenes Gefängnis dar. Während der nächste Supermarkt und eine Arztpraxis

in der nahe gelegenen Ortschaft Krumpa 20 Minuten Fußweg entfernt sind, stellt eine Fahrt nach Halle oder Merseburg ein Unternehmen mit erheblichem Aufwand dar. Ganz gleich, ob für den Behördengang zwecks Beantragung eines Arztbesuchs, das Wahrnehmen von Terminen bei der Ausländerbehörde, einen Sprachkursbesuch oder einfach nur eine Ausflucht aus der Lagertristesse - das Ticket einfache Fahrt für den öffentlichen Nahverkehr kostet 2,90 Euro. Eine Fahrt kostet somit 5,80 Euro und stellt somit einen beachtlichen Teil des Budgets von bestenfalls rund 315 Euro monatlich, im Lager Krumpa abzüglich der Nutzungspauschale für Möbel und Haushaltswaren, dar.

Zusätzlich zu dem Profit, den der Heimbetreiber unter der Vorgabe Hilfestellung im Alltag und bei der Integration zu gewährleisten, aus der Angelegenheit schlägt, wird er von den Geflüchteten als Kontrollbehörde und stark regulierende Instanz wahrgenommen. Dieses Verhältnis reiht sich in eine große Anzahl von in Deutschland gemachten Erfahrungen mit Rassismus ein. Hierbei geht es sowohl um die Art und Weise des Umgangs im Ton, als auch um Vorfälle zwischen Mitarbeiter\_innen des Betreuungs- und Integrationshilfevereins e.V. Merseburg und Bewohner\_innen. Aktuell herrscht laut Aussagen von Bewohner\_innen des Lagers Krumpa eine problematische Situation bei der Postzustellung vor. In dieser Angelegenheit wurde bereits sowohl das Sozialamt, als auch das Ministerium für Arbeit und Soziales in Kenntnis gesetzt. Durch die Rezeption wurde Post, darunter wichtige amtliche Schreiben, trotz täglicher Nachfrage nicht an die Bewohner\_innen weitergegeben, obwohl sie längst eingetroffen war. Dieses Zurückhalten der Post hat in mehreren Fällen zu unverschuldeten Fristüberschreitungen geführt, die ernsthafte Folgeschwierigkeiten für die Bewohnerinnen und Bewohner haben. Ein solcher rechtlich relevanter Eingriff in das Asylverfahren durch die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Rezeption des Betreuungs- und Integrationshilfevereins e.V. Merseburg ist nicht hinnehmbar.

Bemühungen einzelner Bewohner\_innen sich durch einen Antrag auf Unterbringung in einer dezentralen Wohnung aus diesen unzumutbaren Lebensverhältnissen zu befreien, scheitern häufig oder ziehen sich lange hin, sogar im Fall einer Frau, der durch das ärztliche Attest mit der Bescheinigung einer Risikoschwangerschaft dringend der Auszug aus der Sammelunterkunft angeraten wurde. Der Familienvater der vierköpfigen Familie leidet unter posttraumatischen Belastungsstörungen und schildert das bisher vergebliche Warten auf den Bescheid mit der Zustimmung des Sozialamtes als zermürbend. Dringend müsste diese Familie an einem Ort untergebracht werden, an dem eine medizinische Versorgung gewährleistet werden kann. Stattdessen werden Antragsteller\_innen zum Spielball von Behörden, die Verantwortungen aufeinander abwälzen. Bei einer Risikoschwangerschaft die Betroffenen um Geduld bei der Bearbeitung von Anträgen zu bitten, die sich oft monatelang hinziehen, entspricht in keiner Weise menschenwürdigen Grundsätzen.

Unsere **Forderungen** lauten deshalb:

Dezentrale Wohnungen für alle Geflüchteten in Krumpa! Profitunternehmen der Heimbetreiber stoppen! - Lagersystem abschaffen!

Das Recht auf unbefristeten Aufenthalt für alle Geflüchteten in Krumpa!

Isolation durchbrechen - Residenzpflicht abschaffen!

Behördenrassismus bekämpfen – für eine gute medizinische Versorgung im Sinne der Allgemeinen Menschenrechte!

Für das Recht auf Arbeit! Für das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe!

Aufruf zu einer **gemeinsamen Kundgebung und Demonstration in Merseburg** mit den Bewohner\_innen des Lagers Krumpa am **26.08.2013 um 14Uhr.**

- Beginn um 14 Uhr vor der Ausländerbehörde des Landkreises Saalekreis in Merseburg, Klosterstr. 5

- Abschlusskundgebung vor der SPD-Parteizentrale, Entenplan 1

Treffpunkt für Teilnehmer\_innen aus Berlin zur gemeinsamen Busabfahrt nach Merseburg, 26.08.2013 um 8 Uhr vor dem „ParkInn“ am Alexanderplatz. Um 14Uhr starten wir gemeinsam mit den Geflüchteten aus Krumpa die Kundgebung.

Kontakt:

Initiative Togo Action Plus e.V.  
Colbestr. 19  
Friedrichshain  
10247 Berlin

[togoactionplus@googlemail.com](mailto:togoactionplus@googlemail.com)

Tel.: 01 76 38 11 31 35

Die *Initiative Togo Action Plus e.V.* ist eine nicht-staatliche Organisation von Geflüchteten und UnterstützerInnen, die sich für eine Abschaffung der Residenzpflicht, das Grundrecht auf medizinische Grundversorgung, die Abschaffung von Polizeikontrollen im Sinne des racial profiling, für eine menschenwürdige Unterbringung in eigenen Wohnungen anstatt Sammelunterkünften und für die Gewährung des Rechts auf Asyl als Menschenrecht einsetzt.

<http://togoactionplus.wordpress.com/>